

Familienpolitik im 21. Jahrhundert

*Das Nürnberger Bündnis für Familie diskutiert mit familienpolitischen Expertinnen
Nürnberg, 23.09.2011*

Wie sieht die Erfolgsbilanz nach einem Jahrzehnt dynamischer Familienpolitik aus? Lässt sich die Aufholjagd im kommenden Jahrzehnt fortsetzen? Sind die drei Säulen der Familienpolitik weiterhin handlungsleitend? Oder brauchen wir Neujustierungen und Ergänzungen? Welche Rolle spielen künftig Lokale Bündnisse für Familie?

Vor diesen Fragen steht das Nürnberger Bündnis nach 10 Jahren erfolgreicher Tätigkeit. In einer Expert/inn/enrunde anlässlich dieses runden Geburtstages diskutierten Renate Schmidt (Bundesfamilienministerin a.D.), Christa Stewens (MdL, Bayerische Landesfamilienministerin a.D.) und Reiner Pröll (Sozialreferent der Stadt Nürnberg) mit Dr. Jan Schröder (Mitinitiator der Bündnisfamilie 2.0). Das Ergebnis: ermutigend und kritisch zugleich.

Zu Beginn ein Blick auf die familienpolitischen Triebfedern des letzten Jahrzehnts: was hat dazu geführt, dass Familienpolitik aus Ihrem Dornröschenschlaf erwachte und im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts ein Feuerwerk der Familienpolitik entzündet werden konnte? Sind diese Triebfedern weiterhin belastbar? Lässt sich darauf auch eine Familienpolitik im zweiten Jahrzehnt aufbauen?

Vieles kam zusammen:

- Bevölkerungspolitische Überlegungen und die Vorstellungen junger Menschen zeigten in dieselbe Richtung: der vorhandene Wunsch junger Menschen nach Kindern soll Wirklichkeit werden! Und damit wird zugleich das Aussterben der Republik aufgehalten, ebenso die Innovationskraft der Wirtschaft und Forschung bewahrt.
- Wachsender Fachkräftebedarf führt dazu, dass endlich auch in Deutschland die Früchte der Bildungsexplosion der 60-er Jahre geerntet werden können: gut ausgebildete Frauen treffen auf einen aufnahmebereiten Arbeitsmarkt – wenn denn die Rahmenbedingungen in Sachen Vereinbarkeit Beruf und Familie stimmen, passt's.
- „Das eigene Familienmodell frei wählen“ wird zunehmend und parteiübergreifend zum Leitsatz der Familienpolitik. Statt Familienmodelle zu bewerten, ist die Politik gefordert, geeignete Rahmenbedingungen für die individuelle Wahl und Realisierung eines Lebensmodells zu schaffen. Dass es da im Detail Diskussionen gibt, soll nicht den Blick auf den grundlegenden Konsens verstellen.
- Lokal war und ist die neue Familienpolitik – und findet damit dort statt, wo Familien leben.

Und manches ließ sich auch erst zu dieser Zeit ansprechen. Aktive Bevölkerungspolitik war in der deutschen Gesellschaft lange ein Tabu. Erst nach der Wiedervereinigung wurde die Weltsicht der Ost-Frauen zunehmend Teil des gesamtdeutschen Denkens: Familie und Beruf zu vereinbaren, ist normal und ebenso die dazugehörige Infrastruktur!

All dies stellte die Basis für eine nie gesehene Aufholjagd in der Familienpolitik dar, nachdem Deutschland gegenüber vielen Nachbarn schon vielfach den Anschluss verloren hatte. Und Vieles wurde seither erreicht:

Zuallererst ist zu benennen: heute haben wir einen parteiübergreifenden Konsens zur Bedeutung von Betreuungsinfrastruktur und Familienpolitik – vor 10 Jahren noch undenkbar: „Da bekam mancher in der SPD das Wort Familie kaum über die Lippen und in der CDU bekamen sie Pickel, wenn es um die Ganztagsbetreuung ging.“ erinnerte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seinen einleitenden Worten. Heute konstatiert Renate Schmidt eine „ideologische Aufweichung“ und trifft dabei auf Zustimmung in der Runde.

Auch in den drei Säulen der Familienpolitik hat sich eine Menge getan – bundesweit wie lokal:

- In der Infrastruktur wurden mit dem Ausbau der Kinderbetreuung Wesentliches eingeleitet und geleistet: auf Bundesebene zuvorderst über die Ausbauziele für die U3-Betreuung flankiert von Notfall-, Ferien- und Randzeitenbetreuung der Bündnisse auf lokaler Ebene. Der Ausbau der Ganztagschule ist hier ebenso zu benennen.
- Familieneinkommen zu erhöhen, das ist eine der zentralen Wirkungen der verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Lokale Bündnisse haben sich vielerorts eine familienorientierte Personalpolitik auf die Fahnen geschrieben, setzen damit die bundeszentralen Anstöße in lokale Maßnahmen um.
- Im Bereich Zeit schließlich wurden mit Eltern- und Pflegezeit wesentliche Pflöcke eingeschlagen. Lokal werden vielfältige Zeitfenster und –inseln geschaffen.

Vieles bleibt aber noch zu tun:

- An die Seite der Ausbauziele tritt die Aufgabe der Qualitätssicherung in der Tagesbetreuung – in Ost wie West gleichermaßen. „Gebundene Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht“ seien ein weiteres wesentliches Element qualitätsvoller Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, so Stewens und Schmidt in parteiübergreifendem Konsens.
- Arbeitszeiten müssen weiterhin und Schulen als zentraler Taktgeber und Zeitnehmer verstärkt in den Fokus genommen werden. Nicht allein die „Qualitätszeit“ steht hierbei im Fokus. Zeitfenster mit einer gewissen Länge und entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten sind notwendig für gelingendes Familienleben, lebenszeitorientierte flexible Lebensarbeitszeiten desgleichen.

Reicht der Atem, um all dies noch umzusetzen? Sind die Triebfedern, die allesamt noch vorhanden sind, stark genug? Oder erlahmt der Schwung, bevor in der Familienpolitik mit ihren langen, in Jahrzehnten zu messenden Wirkungszyklen, wirklich sichtbare Effekte zu verzeichnen sind? Eine Geburtenrate lässt sich nicht binnen ein, zwei oder drei Jahren positiv beeinflussen, „auch wenn manche/r in Berlin hier schon voreilige Schlüsse getroffen hat“ gibt Reiner Pröll zu bedenken.

Ein Blick auf das aktuelle Geschehen ist zunächst etwas ernüchternd.

„Familienpolitik ist keine Sozialpolitik für Familien“ – so Christa Stewens, unterstützt von der ganzen Runde. Aktuell scheint Familienpolitik aber langsam wieder in Richtung Sozialpolitik zu driften. Zudem rückt der querschnittliche Ansatz in den Hintergrund. Stattdessen erleben wir zunehmend eine Politik, welche nicht mehr das Ganze in den Blick nimmt, sondern sich einzelne Zielgruppen vornimmt, für diese die drei Säulen durchspielt und dann das jeweils politisch leicht Realisierbare umsetzt.

Die ursprüngliche Idee – Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werden gemeinsam tätig und beeinflussen die vielfältigen Lebenssituationen von Familien in umfassender Weise - rückt in den Hintergrund zugunsten eines Rückzugs auf die klassischen politischen Instrumente. Dies geht mit einer Art „Taylorismus“ einher, der sich an der „Logik der Sozialgesetzbücher“ orientiert, so Stewens und Prölß im Wechselspiel.

In der Konsequenz werden dann die Generationen auseinanderdividiert, obwohl doch gerade das Miteinander und Füreinander von Generationen das konstitutive Element von Familie ist. Da entsteht dann Kinderpolitik für U3 und Ü6, Seniorenpolitik, Pflegepolitik... Wo bleibt eine integrierende, querschnittliche Familienpolitik? „Muss erst ein Familiengesetzbuch geschaffen werden, um die Logik der Sozialgesetzbücher zu überwinden?“ steht als Frage kurzzeitig im Raum.

Man wendet sich kurzfristiger zu realisierenden Dingen zu. Was steht an?

Notwendig erscheint eine Renaissance, ein Verstärken des querschnittlichen Blickes und querschnittlicher Handlungslogiken. Notwendig ist zudem, Familienpolitik nicht als „Minderheitenpolitik“ für Eltern mit Kindern zu gestalten – in Nürnberg leben nur in 17,4% der Haushalte noch Kinder. „Familie hat jeder!“ schlägt Renate Schmidt daher als überwölbendes, verbindendes und Mehrheiten schaffendes Motiv für die Familienpolitik des kommenden Jahrzehnts vor.

Und konkret? Da hat die Runde auch einige praktische Ideen, querschnittliches Denken lebendig werden zu lassen:

- Alt und Jung haben vergleichbare Anforderungen an Gestaltung des städtischen Raumes.
- Städte und Stadtteile sind stärker als Sozialräume zu verstehen, als Räume welche durch ihre Ausgestaltung Familienleben und das Miteinander der Generationen erleichtern und befördern.
- Das „Sein bestimmt das Bewusstsein“! Dies bedeutet für die Gestaltung des öffentlichen Raumes: Kinder und Familien müssen sichtbar sein! Infrastrukturausbau darf nicht zur kinderfreien Stadt führen. Sonst verstärkt sich die Kinderentwöhnung und damit wird der Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft immer länger.
- Und Zeitstrukturen treffen alle in einer Familie, wie sich am G8 und seinen Auswirkungen auf Familienleben trefflich studieren lässt.

„Raum mit und für Familien“ und das „Miteinander der Generationen“ – so das Ergebnis der Diskussion - sollten konsequenterweise als vierte und fünfte Säule der

Familienpolitik etabliert werden. Gemeinsam mit der Baustelle „familienfreundliche Zeitstrukturen“, in der noch enormer Handlungsbedarf besteht, sind dies Handlungsfelder, welche innerhalb der Verwaltungen und innerhalb der Gesellschaft nur querschnittlich angegangen werden können.

Diese Querschnittlichkeit gelingt nicht über formale Einbindung, etwa über Familienverträglichkeitsprüfungen oder andere schriftliche Verfahren. Einbindung findet statt im tatsächlichen gemeinsamen Tun, etwa bei der Beplanung von Räumen oder Zeitstrukturen. Familienpolitik wird so zur gemeinsamen Gestaltungspolitik, ein großer Schritt weiter als der oftmals vorzufindende Ansatz der Einmischungspolitik! Wer macht sich schon beliebt, indem er sich einmischt?

Schrittweise muss dieser Politikstil entwickelt werden, damit schließlich von der Gesellschaft für die Gesellschaft Familienfreundlichkeit gestaltet wird. Viele Lokale Bündnisse für Familie sind bereits heute Übungsfelder eines solchen governance-Ansatzes. Dies gilt es sukzessive zu verstärken. Damit dem Querschnittsdenken auch das Querschnittshandeln auf dem Fuße folgen kann.

Der Versuch eines Resümees: den Blick wieder weiten, städtische Raum- und Zeitstrukturen generationenübergreifend in den Blick nehmen, neue governance-Formen schrittweise entwickeln – und weiterhin unaufhörlich auf die ökonomische Bedeutung von Familienpolitik hinweisen; dies kann neben der Fortführung der begonnenen Entwicklungen die Basis für eine erfolgreiche Familienpolitik im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sein. Mögen weitere Diskussionen folgen und Lokale Bündnisse für Familie sich auch auf diesem Weg erfolgreich einbringen.

Dr. Jan Schröder

Kontakt: Jan Schröder Beratung GmbH & Co. KG
Komtureistraße 21
53177 Bonn
Tel. 0228-2439 0411
Email: jan.schroeder@jan-schroeder-beratung.de
www.jan-schroeder-beratung.de